

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 23.06.2011
Sitzung Nummer:	14 (KT/14/2011)
Sitzungsdauer:	17:02 - 18:12 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Angela Vogel
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Bergmann

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Detlef Braune

Herr Uwe Classe

Herr Gerald Eisenhut

Herr Jürgen Emanuel

bis 17.35 Uhr

Herr Marcus Graubner

ab 17.45 Uhr

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Horst Janas

bis 17.35 Uhr

Herr Uwe Klemm

Herr Rüdiger Kloth

Herr Norbert Krebber

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

Herr Herbert Luksch

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Hartmuth Raden

bis 17.25 Uhr

Herr Günter Rettig

Herr Gerd Schlaak

Herr Waldemar Schreiber

Herr Eduard Stapel

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

ab 17.14 Uhr

Frau Ulrike Weis

Herr Frank Wiese

Herr Bernd Witt

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Ernst Jesse
Herr Peter Krüger
Herr Dr. Michael Kühn
Herr MR Dr. Volkmar Lischka
Frau Dr. Helga Paschke
Herr Detlef Radke
Herr Dr. Henning Richter-Mendau
Herr Tiemo Schönwald
Herr Nico Schulz
Herr Norbert Tanne
Herr Torsten Werner

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Einwohnerfragestunde
 - 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages Stendal am 14.04.2011
 - 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
 - 6 Resolution des Kreistages zur beabsichtigten Verpressung von Kohlendioxid in der Altmark
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 247/2011
 - 7 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal
Vorlage: 230/2011
 - 8 Außerplanmäßige Ausgabe für geförderte Maßnahmen zur Schadensbeseitigung an kommunalen Straßen nach dem Winter 2011/ 2011 - "Schlaglochprogramm"
Vorlage: 233/2011
 - 9 Beteiligungsbericht 2010 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2009
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 222/2011
 - 10 Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Benutzungsentgelten vom 22.04.2010 (Fortgeltung)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 234/2011
 - 11 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.02 Uhr die 14. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 10. Juni 2011,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 35 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur vorliegenden Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages Stendal am 14.04.2011

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwände gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages Stendal am 14.04.2011 fest.

zu TOP 5 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Der Landrat begrüßt Frau Sophie Priebe. Frau Priebe beteiligt sich an einem Projekt der Wirtschaftsjuvenen der Altmark. Sie hatte den Mut anzufragen, ob sie ihn einen Tag lang begleiten dürfte. Ich habe dem Anliegen natürlich zugestimmt.

Zum Thema EHEC hier die Situation. Bundesweit sind insgesamt 2865 Fälle bekannt. Im Land Sachsen-Anhalt 34 Fälle. Im Landkreis Stendal gab es 11 Verdachtsfälle und davon mussten sieben bestätigt werden. Erfreulich ist, dass wir in unserem Landkreis keinen Fall von HUS hatten – eine besonders schwere Form der Erkrankung. Die Herkunft des Erregers ist nach wie vor nicht bekannt.

Insbesondere in der letzten Sitzung des FHLA wurde bereits einiges zum Thema Abfallgebühren besprochen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass es Probleme mit der derzeit gültigen Abfallgebührensatzung gibt. Dies dahingehend, dass wir wohl vorschlagen werden, die jetzige Gebührensatzung ein Jahr früher zu öffnen und Ihnen einen neuen Entwurf vorzulegen. Gründe dafür sind: weniger Gebührenzahler als geplant und das Ergebnis einer Überplanung. Hier wurde uns empfohlen, zusätzliche Risikovorsorge zu treffen, insbesondere zur Erschließung der Trinkwasserversorgung im Raum Stendal. Des Weiteren wurden zwar die Restabfallmengen reduziert, aber der Vertrag mit dem MHKW in Rothensee fordert die Abgabe einer bestimmten Menge, die nun erheblich unterschritten wird. Nunmehr fordert das MHKW entsprechend der vertraglichen Regelungen Nachzahlungen. Zur Zeit werden zum Thema Gespräche mit dem MHKW geführt.

Das Bildungs- und Teilhabepaket wird gut angenommen. Wir liegen in Sachsen-Anhalt bei der Antragstellung im Mittelfeld. Es bestehen hier zur Zeit keine wesentlichen Probleme. Die Anträge werden zügig bearbeitet. Anfragen werden in der gemeinsamen Ansprechstelle möglichst gelöst. Nach der Sommerpause sollen hier erste Zahlen vorgelegt werden, wie das Angebot der Ansprechstelle angenommen wird.

Die Arbeitsgruppe „Vernässung“ arbeitet kontinuierlich weiter. Der Umweltminister hat die Landkreise kürzlich gebeten, eine koordinierende Funktion zu übernehmen. Die gemeindliche Ebene soll hier auf jeden Fall einbezogen werden. Wir erwarten natürlich im Gegenzug vom Land konkrete Hilfe und Unterstützung. In diesem Zusammenhang wurde auch das Projekt am Zehrengaben weiter besprochen. Hier liegt eigentlich unser größtes Vernässungsproblem. Der derzeitige Stand ist, dass das Umweltministerium per Erlass verfügt hat, dass der Landkreis Genehmigungsbehörde sein soll. Wir haben uns dazu im Interesse der Betroffenen bereit erklärt. Es wurde um die Unterstützung des Landesverwaltungsamtes und eine Kostenübernahme durch das Land gefordert.

Der Landrat informiert über die Maßnahmen nach dem K2 Programm. Vor einigen Tagen konnte der Anbau am Gymnasium Osterburg in Betrieb gehen. Es müssen noch einige Ausrüstungsgegenstände besorgt werden. Wir stehen des Weiteren kurz vor der Fertigstellung der LB-Schule in Osterburg, insbesondere der Außenanlagen. Im September sollen auch die Volkshochschule und die Musikschule ihr neues Domizil beziehen. Die Aula des Gymnasiums in Tangermünde soll zum Schuljahresbeginn in Betrieb genommen werden.

**zu TOP 6 Resolution des Kreistages zur beabsichtigten Verpressung von Kohlendioxid in der Altmark
- Antrag der Fraktion Die LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 247/2011**

Der Vorsitzende, Herr Riedinger, bittet um Wortmeldungen.

Frau Kunert verweist auf die Diskussion im Landtag. Hier hat man sich gegen die Verpressung von CO₂ in der Altmark ausgesprochen. Dem voraus gingen zahlreiche Einwände von Kommunen. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich über Bürgerinitiativen zum Thema artikuliert und sich an die Mandatsträger gewendet. Seit einigen Wochen haben wir den Gesetzentwurf der Bundesregierung vorliegen, was die CO₂ Verpressung in der Bundesrepublik Deutschland angeht.

Risiken der CCS-Technologie sind bisher noch nicht bekannt. Es wurde festgestellt, dass diese Technologie frühestens in 15 Jahren vernünftig, wenn überhaupt, betrieben werden kann. Es gibt eine große Unsicherheit bei Leckagen und der Beeinflussung des Grundwassers. Es können durch einen Liter CO₂ 100 Liter Grundwasser vergiftet werden. Es kann zu unkontrollierten CO₂-Verbindungen innerhalb des Erdreiches kommen und es besteht die Gefährdung auch durch Erdbeben.

Nun gibt es laut Bundesanstalt für Geowissenschaften auch einen neuen Standort, nämlich den Standort Havelberg-Rhinow. Er soll eine Ausweitungsfläche von 104 Quadratkilometern haben. Es kann ein Fassungsvermögen beansprucht werden bis zu 78 Mio. Tonnen CO₂. Bürgerinnen und Bürger sind empört und laufen Sturm gegen diese möglichen Pläne. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, heute diese Resolution zu verabschieden.

Herr Bergmann verweist darauf, dass der Kreistag noch nicht weiß, wie das Gesetz aussehen wird. Er weist bzgl. der Begründung zur Vorlage darauf hin, dass mit einer Umweltverträglichkeitsstudie lediglich die Umwelteinwirkungen und Beeinträchtigungen beschrieben werden. Auch Herr Staatsminister Robra hat kürzlich in einem Interview bestätigt, dass auch er CCS für die Altmark ablehnt. Wir sollten ihn beim Wort nehmen.

Herr Kühnel bezieht sich auf die Ausführungen des Mitgliedes des Landtages, Herrn Barth. Einer Resolution gegen die Verpressung von Kohlendioxyd in der Altmark stimmt die CDU-Fraktion zu, aber nicht der Begründung in der Vorlage. Die Begründung stimmt nicht mit dem überein, was Frau Kunert eben vorgetragen hat. Wir nehmen die Bedenken und Ängste des Nachbarkreises auf und unterstützen die Resolution des Kreistages Salzwedel ausdrücklich. Der Landkreis Salzwedel hat bereits erreicht, dass sich das Landeskabinett eindeutig gegen solche Pläne geäußert hat. Wir beziehen uns ausschließlich auf die Begründung der Salzwedeler, die sehr sachlich und sehr plausibel dargestellt ist.

Die CDU-Fraktion wird der Resolution zustimmen, wenn wir auf die Begründung und den zweiten Punkt des Antrages verzichten.

Herr Berlin erinnert daran, dass die FDP vor mehr als drei Jahren dieses Thema bereits angesprochen hat. Damals kam noch die Aussage, dass der Landrat von Salzwedel mit der Materie vertraut ist. Der jetzige Kreistag in Salzwedel sieht das nun anders. Wir sind der Meinung, dass wir diese CCS-Technologie nicht benötigen. Mit dem Begründungswechsel haben wir kein Problem.

Frau Kunert bemerkt, dass man natürlich die Begründung der Salzwedeler hätte nehmen können. Unsere Betroffenheit ist die Zusammenarbeit mit Salzwedel. Aber unser Territorium wird ja berührt durch die Ausweisung von Havelberg-Rhinow. An der Begründung hängt jedoch nicht unser Herzblut. Wenn wir eine Resolution verabschieden, und wir wissen, dass es im Bundesrat zu einer Mehrheit für dieses Gesetz kommen kann und es möglicherweise bei der Länderklausel bleibt, dann sollten wir sagen: bitte Landtag nutze diese Länderklausel in unserem Sinne. Wir schlagen vor, dass beide Punkte im Antrag enthalten bleiben. Die Begründung wird nicht mit beschlossen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Kühnel abstimmen, den zweiten Punkt des Antrages zu streichen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt nunmehr über die Vorlage abstimmen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 25 Nein 8 Enthaltung 1

zu TOP 7 Rahmenplan zur Integration von Zugewanderten im Landkreis Stendal Vorlage: 230/2011

Der Vorsitzende, Herr Riedinger, bittet um Wortmeldungen.

Der Landrat verweist darauf, dass das Thema in unserem Land seit mehreren Jahren intensiv diskutiert wird. Die Frage, die hinter der Diskussion steht, ist die Frage, ob unsere Gesellschaft bereit und in der Lage ist Bürger mit Migrationshintergrund aufzunehmen und zu integrieren. Wenn man die demographische Entwicklung in Deutschland im Allgemeinen und in den neuen Ländern im Besonderen betrachtet stellt sich die Frage anders. Wir haben keine Alternative zur Integration von Bürgern mit Migrationhintergrund. Keine Alternative deshalb, weil wir vor großen Herausforderungen stehen, was die Fachkräftesituation betrifft. Vor diesem Hintergrund haben wir den Entwurf eines Rahmenplanes vorgelegt. In Stendal besteht bereits ein sehr gut funktionierendes Netzwerk für Integration. Federführend wurde vom Netzwerk der erste Entwurf erarbeitet. Wir haben ihn im Hause sehr intensiv diskutiert und in den Ausschüssen gemeinsam mit der Netzwerkkoordinatorin vorgestellt. Es hat meist positive Resonanz gegeben. Aus dem Fachausschuss Soziales ist mir berichtet worden, dass die eine oder andere Stelle zu unkonkret sei. Zukünftig werden wir einmal jährlich federführend im FA Soziales Bericht erstatten. Er bittet darum, dem Entwurf zuzustimmen.

Herr Rettig möchte im Namen der Fraktion den Anwesenden des Netzwerkes für Migration recht herzlich danken. Sie haben die Vorlage erläutert und sich den Fragen in den Ausschüssen gestellt. Wir sind der Auffassung, dass mit der Vorlage ein sehr gutes Material vorhanden ist. Wir freuen uns feststellen zu können, dass sich die Auffassungen in den vergangenen Jahren deutlich für die Migration entwickelt haben. Heute konstatieren wir mit dieser Vorlage, dass Integrationspolitik einen zentralen Stellenwert in der Kommunalpolitik einnehmen muss. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie als Querschnittsaufgabe verstanden wird.

Die in den Fachausschüssen von Frau Bischoff mehrfach angekündigte Konferenz im November begrüßen wir ausdrücklich und wir schlagen vor, dass sich alle Fachausschüsse im Vorfeld dieser Konferenz mit der möglichen Untersetzung für ihr jeweiliges Fachgebiet beschäftigen. In diese Richtung ging auch die Diskussion im Sozialausschuss. Als Beispiel nennt er die Initiative Schule mit Courage, die im Landkreis Stendal bisher nicht zu finden ist oder die Integration auf dem Arbeitsmarkt der Migranten, die bereits in Deutschland leben. Das reicht von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zur Anerkennung von Abschlüssen. Die Beratungen in den Fachausschüssen sollten Bestandteil der Herbstkonferenz sein, um den vorliegenden Entwurf des Rahmenplanes konkret umzusetzen.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 8 Außerplanmäßige Ausgabe für geförderte Maßnahmen zur Schadensbeseitigung an kommunalen Straßen nach dem Winter 2011/ 2011 - "Schlaglochprogramm"
Vorlage: 233/2011**

Der Vorsitzende, Herr Riedinger, bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Beteiligungsbericht 2010 - Fortschreibung für das Wirtschaftsjahr 2009
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 222/2011**

Der Vorsitzende, Herr Riedinger, bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 10 Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes und die Erhebung von Benutzungsentgelten vom 22.04.2010 (Fortgeltung)
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 234/2011**

Der Vorsitzende, Herr Riedinger, bittet um Wortmeldungen.

Herr Wulfänger bemerkt, dass eine Vereinbarung zwischen den Verantwortlichen ausgehandelt wurde. In diesem Jahr gab es keine Einigung zwischen den Kassen, dem Landkreis Stendal und der KV. Grund waren zwei strittige Punkte. Der erste war die Absicherung des Notarztdienstes im Landkreis Stendal. Das größere Problem besteht darin, dass die Plankosten für die Leitstelle von den Krankenkassen reduziert wurden. Unsere Kosten betragen 25,52 Euro je Einsatz. Die Kassen wollen jedoch nur 14,22 Euro je Einsatz bezahlen. Die Kassen gehen jedoch davon aus, dass der Bedarf an Leitstellen nicht so hoch ist wie vorhanden. Wir haben in Sachsen-Anhalt zwölf und die Kassen gehen von vier bis fünf Leitstellen aus. Dafür gibt es keine gesetzliche und auch keine Kalkulationsgrundlage. Das haben die Kassen für sich festgelegt. Wir haben es nicht akzeptiert. In Geld umgerechnet würden uns 182.000,00 Euro fehlen. Es waren nunmehr zwei Fragen zu prüfen. Soll ein Schiedsstellenantrag gestellt werden? Wir haben festgestellt, dass diese Maßnahme zur Zeit noch keinen Sinn macht, weil die

Vereinbarung, die wir mit den Kassen haben, nicht von den Kassen gekündigt wurde. Das heißt, die Vereinbarung gilt und auf Grund dieser Vereinbarung zahlen die Kassen auch. Man muss sehen, ob das im kommenden Jahr so beibehalten wird. Weiterhin ist die Frage zu stellen, ob ein Schaden entstanden ist. Zur Zeit kann man dies noch nicht berechnen. Das wird erst sichtbar mit der Schlussrechnung für das Jahr 2011. Fraglich war nunmehr, ob die Entgeldsatzung, die der Kreistag im vergangenen Jahr beschlossen hat, verändert werden muss. Hier sind wir in der glücklichen Lage, dass die bestehende Satzung für uns günstig ist, so dass ein Beschluss einer neuen Satzung nicht notwendig ist.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 11 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel bemerkt, bei Anfragen, die gleich beantwortet werden können, hören alle die Antwort. Wenn es nicht gleich beantwortet werden kann, bekommt der, der gefragt hat, die Antwort und alle anderen nicht. Deshalb wäre seine Bitte, dass auch alle MdK die Antwort erhalten.

Herr Riedinger weist darauf hin, dass die Antwort auch immer die Vorsitzenden der Fraktionen erhalten und damit alle MdK informiert sein sollten.

Herr Eisenhut erklärt, dass er aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niederlegen wird. Er wünscht allen MdK weiterhin alles Gute und viel Erfolg.